

Polizei- und Justizzentrum wird massiv teurer

Statt 540 Millionen Franken kostet der Bau auf dem Areal des Güterbahnhofs 700 Millionen Franken

Vor sechs Jahren haben die Stimmberechtigten des Kantons dem Bau eines Polizei- und Justizzentrums (PJZ) in der Stadt Zürich klar zugestimmt. Nächste Woche kann nun das Baugesuch eingereicht werden – und es müssen 160 Millionen Franken zusätzlich bezahlt werden.

ak. Eigentlich läuft alles nach Plan: Der Gestaltungsplan für das Areal des alten Güterbahnhofs ist rechtsgültig, und das Projekt für ein Polizei- und Justizzentrum des Architekturbüros von Theo Hotz ist so weit überarbeitet, dass nächste Woche das Baugesuch eingereicht werden kann. Wenn nur die Kosten nicht wären! Was Kantonsbaumeister Stefan Bitterli am Donnerstag vor den Medien präsentierte, ist dicke Post: Die Kosten haben sich innert sechs Jahren um 160 Millionen Franken auf 700 Millionen Franken erhöht. Davon entfallen 52 Millionen Franken auf die Teuerung, die übrigen Mehrkosten entstehen wegen neuer Baustandards, wegen zusätzlicher Nutzungen, die ins Gebäude integriert werden sollen – und weil der Sparauftrag des Kantonsrats für 50 Millionen Franken nur zu einem kleinen Teil umgesetzt werden konnte. Immerhin könne man den Bau des riesigen neuen Zentrums auch als «konjunkturpolitisches Signal» sehen, sagte Regierungssprecherin Susanne Sorg-Keller.

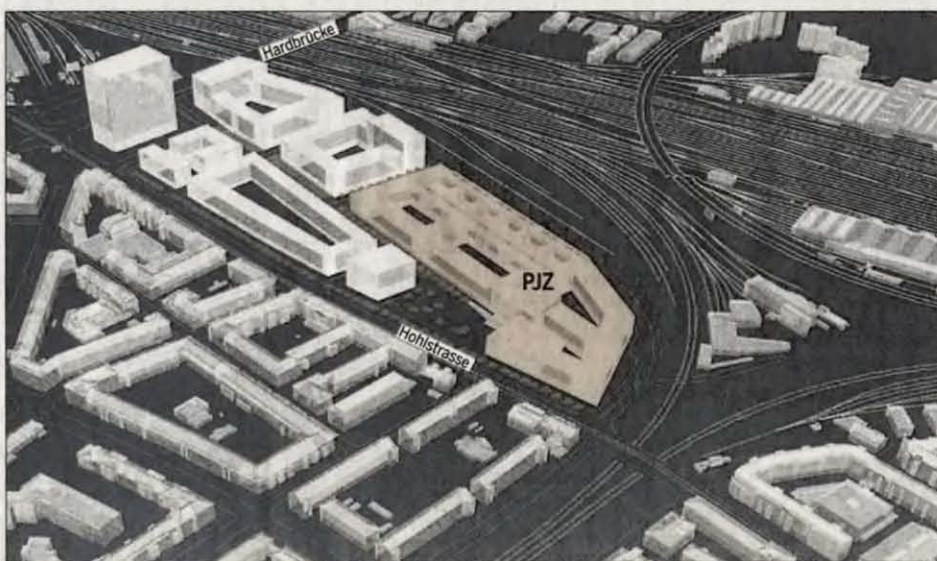
Ein Stockwerk höher als 2003

Auf den ersten Blick erscheint das Gebäude noch immer so, wie es von Theo Hotz konzipiert worden ist: Es handelt sich um einen 300 Meter langen Gebäudekomplex entlang der Gleise mit vier grossen Innenhöfen. Der Bau ist nicht ein weiterer Glaspalast, wie Bitterli sagte, sondern «ein massives Gebäude, das die staatliche Oberhoheit symbolisieren soll». Durch die Überarbeitung ist das Gebäude noch massiver geworden und hat praktisch durchgehend ein zusätzliches Stockwerk erhalten. Über dem Erdgeschoss sollen nun fünf Obergeschosse entstehen.

Im PJZ sollen Abteilungen der Kantonspolizei untergebracht werden, die heute auf 30 Standorte verteilt sind. Dazu kommen Teile der Strafverfolgungsbehörden und neue Gefängnisplätze, die unter anderem das Polizeigefängnis auf der Kasernenwiese ersetzen. Um die «erheblichen Synergien», die der Regierungsrat dem PJZ schon immer zuschrieb, noch zu erhöhen, sind nun weitere verwandte Dienste ins Bauprogramm integriert worden, beispielsweise Einheiten des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), die heute in Mietliegenschaften in Zürich untergebracht sind. Hinzu kommen neu ein «hochgeschütztes Rechenzentrum» sowie die bisher in Winterthur angesiedelte Jugendstaatsanwaltschaft. Für diese Zusatznutzungen rechnet Bitterli mit gesamthaft 30 Millionen Franken, wovon allerdings ein Teil in Form von Mieten der EJPD-Einheiten zurückfliessen wird.

Sparübung nicht geschafft

Ebenfalls 30 Millionen Mehrkosten verursachen die veränderten Baustandards. Dabei handelt es sich etwa um neue Sicherheitsvorschriften der Feuer- und Baupolizei, verschärfte SIA-Normen, beispielsweise zur Erdbebensicherheit, oder neue Definitionen des Minergiestandards. Weitere 35 Millionen Mehrkosten sind eigentlich Minder-Einsparungen. Der Kantonsrat hatte vor der Abstimmung im Jahr 2003 den Rahmenkredit um 50 Millionen Franken gekürzt. Die Ratsmitglieder hatten sich ausgerechnet, dass diese Vorgabe allein durch die Streichung des geplanten Hallenbads erreicht werden könne. Das Hallenbad ist nun tatsächlich gestrichen, eingespart werden konnten allerdings nur gerade 15 Millionen Fran-



Das Polizei- und Justizzentrum soll entlang den Gleisen im Kreis 4 entstehen – 300 Meter lang und rund 25 Meter hoch. Das obere Bild zeigt den Eingangsbereich von der Hohlstrasse aus gesehen.

ken, wie Bitterli ausführte. Das Problem sei eben gewesen, dass der Kantonsrat zwar die Kosten habe eindampfen wollen, nicht aber das Raumprogramm und die vorgesehenen Nutzungen.

In einem Schreiben an den Kantonsrat erklärt der Regierungsrat diesen Sachverhalt und teilt ihm mit, wie er die zusätzlichen Kosten bewilligt haben möchte. Der nicht umgesetzte Sparauftrag und die Mehrkosten für die Baustandards (65 Millionen Franken) sollen mit Zusatzkrediten gedeckt werden. Über diese entscheidet der Kantonsrat abschliessend. Bei den 30 Millionen Franken für die Zusatznutzungen wird ein neuer Verpflichtungskredit nötig, über den der Rat mit qualifiziertem Mehr entscheidet. Nur diese 30 Millionen Franken unterliegen dem fakultativen Referendum und könnten also Gegenstand einer neuerlichen Volksabstimmung sein. Die heute be-

kannten Zahlen sind Schätzungen in einem Streubereich von plus oder minus 15 Prozent. Im Herbst liegt der Kostenvoranschlag des Architekten vor; dann erst werden die Kreditvorlagen dem Kantonsrat unterbreitet. Zu den 95 Millionen Franken, die der Kantonsrat zu behandeln hat, kommen teuerungsbedingte Mehrkosten von 52 Millionen Franken und weitere 13 Millionen hinzu, die im Rahmen der Projektentwicklung angefallen sind. Neben dem politischen Prozess wird das Projekt weiterhin intensiv überarbeitet. Rund hundert Leute befassen sich laut Bitterli im Büro von Theo Hotz damit. Etwa Mitte 2010 soll der Landkauf mit den SBB abgewickelt und der alte Güterbahnhof abgebrochen werden. Nach gut drei Jahren Bauzeit, ab Anfang 2014, soll das neue Gebäude etappenweise bezogen werden – wenn alles nach Plan verläuft.

Der Koloss wankt

Das Polizei- und Justizzentrum dürfte etwas teurer werden als geplant, sagte Kantonsbaumeister Stefan Bitterli schon im letzten Herbst. Das verwunderte niemanden, denn Mehrkosten befallen Bauprojekte so zwangsläufig wie Kinderkrankheiten Kinder. Und doch bot die gestrige Ankündigung eine höchst negative Überraschung – vor allem, weil die Kostensteigerung so massiv ausfallen soll. Innert sechs Jahren haben sich die veranschlagten Kosten um 160 Millionen Franken erhöht. Da schluckt man zunächst einmal leer.

Das Projekt war, seit es im Jahr 2002 aufgelegt worden war, immer umstritten. Der Kantonsrat kürzte den Rahmenkredit, im Abstimmungskampf 2003 wurde es als «Justizpalast» angeprangert, und vor kurzem wollten es einige Kantonsräte auf die lange Bank schieben. Das Hauptargument waren immer die hohen Investitionskosten. Trotz dem Widerstand hat das Projekt bisher alle Hürden genommen – im Kantonsrat, aber auch klar in der Volksabstimmung, bei der 56 Prozent aller Stimmenden Ja sagten. Offensichtlich ist es damals gelungen, die Stimmbürger in der Stadt und auf dem Land davon zu überzeugen, dass es sich um ein Projekt handelt, das für Zürich eminent wichtig ist und Lösungen bietet für mehrere langjährige Pendenzen. Es konzentriert Abteilungen der Polizei und Justiz in einer Art, dass die Zusammenarbeit deutlich verbessert werden kann. Überdies werden die Gebäude auf dem Kasernenareal frei, was endlich eine Lösung für dieses städtebauliche Problemareal verspricht.

All dies trifft immer noch zu, und die neu integrierten Abteilungen sind sicher eine sinnvolle Ergänzung. Aber die enormen Mehrkosten bringen das Projekt ins Wanken. Der Kantonsrat wird ganz genau hinschauen, nachhaken und nachrechnen müssen – nicht nur, um Geld zu sparen, sondern auch, um das vielversprechende Projekt zu retten. Nur wenn alle Kosten glasklar ausgewiesen sind, hat es in einer bereits absehbaren Volksabstimmung noch eine Chance.

ak.

Kostenvergleich 2003 zu 2009

Geldwerte in Mio. Fr.	2003	2009
Gebäudekosten	380	515
davon Teuerung		+40
davon nicht realisierte Sparmassnahmen		+35
davon neue Baustandards		+30
davon Zusatznutzungen		+30
Landkosten	110	130
davon Teuerung		+7
davon Projektentwicklungskosten		+13
Gebundene Ausgaben	50	55
davon Teuerung		+5
Gesamtkosten	540	700

Zolliker Pensionskasse soll mit Steuergeld saniert werden

Finanzkrise und Altlasten als Gründe – Andere öffentliche Kassen stehen besser da

Mit 1,1 Millionen Franken pro Jahr sollen die Steuerzahler zur Sanierung der Pensionskasse der Gemeinde Zollikon beitragen. Ihr Deckungsgrad ist auf 82 Prozent gesunken. Das liegt nur zum Teil an der Finanzkrise: Anderswo sind solche Massnahmen kein Thema.

kg. Nur noch 10 von 171 Gemeinden im Kanton Zürich führen eine eigene Pensionskasse; die grosse Mehrheit hat sich der Kasse des Kantons (BVK) angeschlossen. Eine dieser 10 Gemeinden ist Zollikon. Ihrer Pensionskasse geht es schlecht: Der Deckungsgrad sank zwischen Januar und Dezember 2008 von 95,8 auf 82 Prozent; die Grösse gibt an, zu wie viel Prozent eine Kasse ihre Verpflichtungen aus dem eigenen Vermögen erfüllen kann. Für einen Deckungsgrad von 100 Prozent fehlen rund 20 Millionen Franken. Jetzt sollen die Steuerzahler helfen: Ende März entscheidet die Gemeindeversammlung darüber, ob die Gemeinde vorerst rund 1,1 Millionen Franken pro Jahr zur Sanierung beisteuern soll. Die Summe setzt sich zusammen aus einem jährlichen Sanierungsbeitrag von 2 Lohnprozenten (320 000 Franken) und der 4-prozentigen Verzinsung der Unterdeckung (zurzeit 800 000 Franken).

Leistungen werden reduziert

Zusätzlich zu den Sanierungsbeiträgen soll eine der vier Pensionskassen-Liegenschaften für mindestens 4 Millionen Franken verkauft werden, wofür es ebenfalls ein Ja der Gemeindeversammlung braucht. Und auch die Angestellten der Ge-

meinde sowie die Rentner sollen zur Sanierung beitragen: Die aktiven Versicherten müssen wie der Arbeitgeber 2 Lohnprozente abliefern, das Rentenalter beträgt neu 65 Jahre (bisher 62), und die Rentner erhalten künftig keinen Teuerungsausgleich mehr. Als weitere Massnahme werden die Risikoleistungen reduziert. So soll eine Invalidenrente nur noch 60 statt 65 Prozent betragen, wie Gemeindeschreiberin Regula Bach erklärt.

Zweiter Sanierungsschritt

Die Probleme der Zolliker Pensionskasse hängen freilich nicht nur mit der Finanzkrise zusammen. In der Vorlage für die Gemeindeversammlung ist von einem «in der Vergangenheit jährlich angefallenen strukturellen Defizit» die Rede. Die Kasse hat also höhere Renten ausbezahlt, als sie sich zumindest in weniger guten Börsenjahren leisten kann. Laut Finanzvorstand Martin Byland setzte Zollikon lange auf eine konservative Anlagestrategie mit einem hohen Obligationenanteil, so dass auch kaum Reserven angehäuft werden konnten. 2006 habe man deshalb vom Leistungs- auf den Beitragsprimat gewechselt, sozusagen als Auftakt zur Sanierung.

Dass die Finanzkrise nicht der einzige Grund ist für die Schieflage, zeigen die Ergebnisse der übrigen neun gemeindeeigenen Pensionskassen. Die Zahlen sind zwar noch provisorisch, doch bewegt sich deren Deckungsgrad – mit Ausnahme Winterthurs (rund 84 Prozent) – auch jetzt zwischen 90 (Horgen) und 106 Prozent (Adliswil); die Stadtzürcher Pensionskasse vermeldete Ende Januar 104 Prozent. In keiner der Gemeinden sind Sanierungsmassnahmen ein Thema, auch

nicht in Winterthur. Martin Duttweiler, der Leiter der dortigen Kasse, verweist zur Begründung auf eine Antwort des Regierungsrates, in der dieser begründet hatte, warum trotz klarer Unterdeckung der BVK keine Massnahmen nötig seien: Die Anlagestrategie dürfe sich nicht nach «kurzfristigen Ereignissen an den Finanzmärkten» ausrichten, sie müsse «einer längerfristigen Optik verpflichtet» sein.

Zur Ehrenrettung Zollikons muss immerhin erwähnt werden, dass andere Kassen von günstigeren Rahmenbedingungen profitieren. So kommen in Dübendorf oder Männedorf auf einen Rentner drei aktive Versicherte, während es in Zollikon nur zwei sind. Die Pensionskassen Adliswils oder Kilchbergs wiederum verfügen über einen grossen Liegenschaftsbestand, der ihnen regelmässige Erträge beschert.

Festhalten an einer Tradition

Warum führen neben den beiden Grossstädten auch kleinere Gemeinden immer noch eigene Kassen mit ein paar hundert Versicherten und nehmen wie Zollikon damit ein Risiko auf sich? Aus Tradition, lautet meist die erste Antwort. Die Horgener Kasse etwa besteht laut Werner Rusterholz vom Finanzamt seit 1926. Und die meisten Pensionskassen-Chefs argumentieren wie der Männedorfer Kurt Züst oder der Dübendorfer Werner Schai: Mit der eigenen Kasse seien individuellere Lösungen und bessere Leistungen für die Mitarbeiter möglich als etwa bei der BVK. Dorthin zu wechseln, ist im Moment auch nicht attraktiv: Ende Januar betrug der Deckungsgrad der BVK 81,1 Prozent.

INHALT

Vom Burrito bis zur California Roll

Angefangen hat alles 1994 mit dem «Iroquois» im Seefeld. Heute betreibt die Two Spice AG 13 Lokale, zum Beispiel auch das «Yoojii's».

Bezirksgericht Winterthur renoviert

Am Donnerstag wurde das renovierte Bezirksgericht Winterthur neu eingeweiht. Der Umbau kostete 6,3 Millionen Franken.

Giacometti und die Kunst Ägyptens



Im Kunsthhaus zeigt eine Ausstellung die Analogien von Alberto Giacomettis Werk mit der Kunst des alten Ägypten auf. **Zürcher Kultur 49**